

Ortlieb, Heinz-Dietrich

Article — Digitized Version

Die erfolgreichen Prügelknaben

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Ortlieb, Heinz-Dietrich (1971) : Die erfolgreichen Prügelknaben, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 51, Iss. 2, pp. 57-59

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134220>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

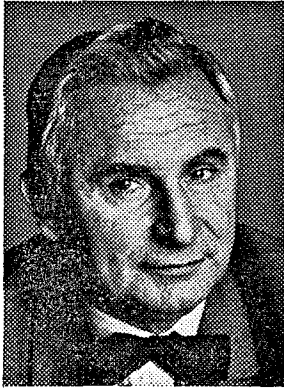
Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Heinz-Dietrich Ortlieb

„Die wahre Freiheit des Menschen löst ihn von seinem vollendeten Werk, gerade weil es schon vollendet ist. Sie bewahrt ihn davor, dieses Werk wegen seiner Größe zu vergötzen. Doch ist es schwer, aus dieser Freiheit heraus zu urteilen und zu handeln. Es gibt im menschlichen Leben und besonders im geschichtlichen Leben keine größere Versuchung als den Erfolg.“ (Eduard Heimann)

Die erfolgreichen Prügelknaben

Die Unternehmer sind zu den Prügelknaben der Politik geworden. So meinte Karl Schiller, so liest man in der Presse, und so scheint es bestätigt zu werden, hört man die intellektuellen Kritiker, die unter dem Banner der Progressivität sich auch sonst mit ihrer Zeit- und Gesellschaftskritik in zunehmendem Maße Gehör verschaffen. Jene Männer der Wirtschaft, Symbolfiguren des Fortschritts in den fünfziger Jahren, werden heute zur persona ingrata, zum reaktionären Hindernis des wahren Fortschritts in Wirtschaft und Gesellschaft. — Tat man ihnen damals oder tut man ihnen heute Unrecht? Oder fallen sie einem psychologischen Gesetz zum Opfer, das auch in ihrer „kapitalistischen“ Welt Gültigkeit hat? Mußte einer allzu steilen Kurssteigerung ihres Sozialprestiges damals ein gegenläufiger Fall unter pari heute folgen?

Ihr Werk war nach der totalen Katastrophe des „Dritten Reiches“ die Restauration der völlig zerstörten Wirtschaft, der Aufbau einer neuen Lebensgrundlage für die Westdeutschen. Diese Aufgabe zog allzu einseitig die konstruktiven Kräfte einer politisch demoralisierten und unsicher gewordenen Bevölkerung auf sich. Der Erfolg war so groß, daß man glaubte, von einem deutschen Wirtschaftswunder sprechen zu müssen. Doch stand hinter der Leistung eine Mentalität, die nur zweidimensional ökonomisch in Produktion und Konsum zu denken vermochte. Für die dritte, die gesellschaftspolitische und sozialpsychologische Dimension war man blind, und der ökonomische Erfolg war nicht dazu angetan, sich dieser „organischen Minderwertigkeit“ (Alfred Adler) rechtzeitig bewußt zu werden. So konnte oder wollte man nicht sehen — was ein

Menschenalter früher schon längst diagnostiziert worden war —, daß eine Markt- und freie Unternehmerwirtschaft nicht nur der Stütze einer staatlichen Konjunktur- und Strukturpolitik bedarf, sondern darüber hinaus gesellschaftspolitische Eingrenzungen durch eine überlegene politische Führung verlangt, soll sie nicht über einen ökonomischen Individualismus die nihilistisch-anarchistische Auflösung der demokratischen Gesellschaft einleiten.

*

Es mag nicht als die Aufgabe der Unternehmer angesehen werden, gesellschaftspolitisch zu denken. Ihre Aufgabe, der sie sich als Experten nicht nur zu ihrem eigenen Vorteil erfolgreich unterzogen, wurde — wie in unserer arbeitsteiligen Ge-

sellschaft von Spezialisten üblich — nur im ökonomischen Bereich gesehen. Als Ausgleich fanden sie in den politischen Koordinatoren jedoch nur schwache Kontrahenten, die, noch wenig vertraut mit den Lebens- und Entwicklungsbedingungen einer modernen demokratischen Gesellschaft, mehr ihrem tagespolitischen Machtkampf als ihrer Verantwortung für das Ganze zugewandt waren.

Was Wunder, wenn unter solchen Verhältnissen von den Unternehmern und ihren Verbänden selbstverständlich in politische Macht umgemünzt wurde. Doch garantieren Leistung und Bewährung auf ökonomischem Gebiet eben noch nicht, daß auf diese Weise bewährte Inhaber der Macht auch den gesellschaftspolitischen Weitblick besitzen, den die politische Aufgabe erfordert. Soweit man sich darüber Gedanken machte, ließ man sich nur allzu gern von der Ideologie des Neoliberalismus belehren, daß man mit der Marktwirtschaft schon sowieso richtig lag. Der Glaube an eine zeitlos ideale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verstellte immer den Blick auf die großen strukturellen Tendenzen der Entwicklung; er läßt nicht mehr erkennen, daß die Zukunft immer ungewiß ist und daß das, was zu Zeiten einen begrenzten Zweck erfüllt, sich langfristig als fatal erweisen kann. Wer bei der Maximierung von Produktion und Konsum Erfolg hat, weil er diesem Ziel ganz zugewandt ist, dem steht politisch nicht das letzte Wort zu; denn Politik muß mehr als dies im Auge haben.

So stieg zwar das Volkseinkommen und der private Lebensstandard, aber der Staat konnte seine Investitionsaufgaben nicht erfüllen. Die Ideologie von der „sozialen Marktwirtschaft“ diffamierte schon ein bloßes Anwachsen der Staatsausgaben als „kalte Sozialisierung“ schlechthin. Als 1964 die jetzige Staatssekretärin Hamm-

Brücher mit der Erkenntnis durch die Lande zog, daß nur große öffentliche Investitionen die Bildungsnot wenden könnten, setzte ihr Parteifreund Dahlgren noch eine Steuersenkung durch, die damals nicht einmal konjunkturpolitisch sinnvoll war. Nicht einmal die Opposition war in einem Wahljahr bereit einzusehen, daß damit ein Zielkonflikt eingeleitet wurde, der von Jahr zu Jahr peinlicher werden mußte. Selbst weniger systemkonforme Politiker scheuen sich auch heute noch, klar und deutlich die Binsenwahrheit auszusprechen, daß man nicht alles haben kann. Sie stehen offenbar nach wie vor unter dem Gesetz, nach dem unsere Gefälligkeitsdemokratie und Konsumgesellschaft angetreten sind. Steuererhöhungen sind immer unpopulär.

*

Für eine langfristige Macht-sicherung durch konstruktive Gesellschaftspolitik genügt es eben nicht, etwas von Produktions- und Konsumförderung zu verstehen. Dann wird man früher oder später zum Prügeln der Verhältnisse. Gerade Menschen einer saturierten Gesellschaft, die selbst an individualistische Einkommensmaximierung im kleinen gewöhnt worden sind, nehmen es übel, daß mit dem Wachstum der Wirtschaft ihr Wohlergehen davon abhängig wird, ob private Unternehmungen und ihre Inhaber auch genügend Profit machen und weit mehr Reichtum anhäufen können, als es ihnen selbst möglich ist. Sie werden anfällig für ein neues „Opium für das Volk“, das ihnen diesmal Linksintellektuelle verabreichen. Das Argument, die „kapitalistischen“ Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme des Westens hätten bei aller Vermögensdifferenzierung auch den unteren Einkommensschichten bisher immer noch den vergleichsweise höchsten Lebens-

standard beschert, klingt dann nur noch nach billigem Rechtfertigungsversuch der besonders Begüterten. Um die politische Propagierung eines vermögenswirksamen Einkommens für die „breite Masse“ steht es nicht besser; denn es kann nicht verheimlicht werden, daß es sich hier doch nur um Tropfen auf heiße Steine der Begehrlichkeit handeln kann.

Wie aufnahmebereit die Mentalität der Menschen wieder für unrealistische Versprechungen geworden ist, geht daraus hervor, daß der Behauptung, man hätte genug Geld zur Finanzierung der Reformen, wenn man nur den Reichen ihr Vermögen wegnähme, selbst solche Leute Glauben schenken, deren Intelligenzgrad so etwas nicht gestatten dürfte. Das gleiche Niveau zeigt die Meinung, man könne die Beseitigung der Umweltverschmutzung allein — ohne Konsequenzen für den Lebensstandard der Bevölkerung — der Industrie aufbürden. Trotz oder gerade wegen der Vieldeutigkeit der Eindrücke, die auf die Menschen von heute eindringen, sind deren Vorstellungen von den Zusammenhängen dieser Welt allzu simpel.

*

Immerhin könnte auch die unsachverständige Kritik, die heute Mode geworden ist und jeden Kommentator verleitet, kritische Pauschalurteile über Vorgänge abzugeben, von denen er nichts versteht, alles zum Besseren wenden, wenn sie in der Lage wäre, in Wirtschaft und Politik einen Stilwandel der Führung herbeizuführen. Ein solcher Stilwandel würde allerdings verlangen, daß man sich von zweidimensionalem Denken und systemgebundenen Klischeevorstellungen löst, daß man sein persönliches Werk im Rahmen eines größeren Zusammenhanges zu sehen ver-

mag und daß man auch noch in seiner persönlichen Machtpolitik über das Heute hinausdenkt. Nur dann gewönne man die Fähigkeit und die Autorität, die heute fast jeder verloren hat, gegen unsachgemäße Kritik und unrealistische Reformvorhaben wirkungsvoll anzugehen, um das Vernünftige, weil Mögliche tun zu können. Ein solcher Stilwandel ist leider auch bei den Unternehmern nicht zu erkennen. Die alten Dogmen der „sozialen Marktwirtschaft“ werden hier wieder beschworen und um so nachdrücklicher jeder sachgerechten Kritik entzogen, je lauter sich der Neomarxismus mit seinen Gegendogmen zu Worte meldet. Den gleichen Geist zeigte man in der Diskussion um die innerbetriebliche Mitbestimmung. An-

statt eine grundsätzliche Bereitschaft erkennen zu lassen und sich auf die Darlegung zu konzentrieren, was bisher versäumt worden ist, aber in Zukunft gerade auch von den Gewerkschaften getan werden muß, damit eine sachverständige und verantwortungsbewußte Teilnahme der Arbeitnehmerschaft an der Mitbestimmung zustande kommen kann, hat man sich allzu schnell auf die Abwehr institutioneller Veränderungen beschränkt. Man hat damit die Diskussion um die Mitbestimmung von vornherein wieder zu einem machtpolitischen Kampf entwertet und die eigene Glaubwürdigkeit diskreditiert.

Zu einem Stilwandel sind Menschen wohl erst fähig, wenn echte Existenznot sie dazu

zwingt. Davon sind wir trotz aller Wirrnis noch weit entfernt, obwohl sich auch dies sehr plötzlich ändern kann. So steht vorläufig zu befürchten, daß die irrationale Kritik eine irrationale Reaktion zur Folge haben wird, daß die falschen Fronten neomarxistischer und neokapitalistischer Herkunft sich versteifen werden, daß daneben aber wichtige Reformen nicht vorankommen und andere in eine verderbliche Richtung laufen und daß die jungen Menschen auf Schulen und Hochschulen zu einem individualistischen Pseudointellektualismus von vager Besserwissererei erzogen werden, der sie als künftige Staats- und Wirtschaftsbürger noch weniger als bisher befähigt und bereit macht, ihren Beitrag für unser Gemeinwesen zu leisten.

**VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG
UND DER AKADEMIE FÜR WIRTSCHAFT UND POLITIK**

HAMBURGER HEFTE

für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

Herausgegeben von Heinz-Dietrich Ortlieb

Heft 2/3 Heinz-Dietrich Ortlieb

Die mißverstandene Revolte

Gesellschaftsreform, Hochschulreform und Studentenrevolte

90 Seiten, 1968, Großoktav, Preis brosch. DM 9,80

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G